Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 1 (1994)

Heft: 3

Artikel: Die Unterschiede in der Perzeption der europäischen Integration zwischen der Deutschschweiz und der Romandie

Autor: Zbinden, Martin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-5220

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE UNTERSCHIEDE IN DER PERZEPTION DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION ZWISCHEN DER DEUTSCHSCHWEIZ UND DER ROMANDIE

MARTIN ZBINDEN

Die Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 stellt gleich in mehrfacher Hinsicht ein politisches Ereignis von bisher einmaliger Bedeutung dar. Der EWR ist sicher als die ambitiöseste und weitestreichende aussenpolitische Abstimmungsvorlage in der Schweizer Geschichte zu bezeichnen, verbunden mit der grössten Rechtsübernahme, die die Schweiz je in Aussicht genommen hat. Zugleich wurde im Vorfeld der Abstimmung ein in seiner Intensität schon lange nicht mehr gesehener politischer Abstimmungskampf geführt, und auch die Stimmbeteiligung erreichte Spitzenwerte. Die Einschätzung, dass die Schweiz vor einem «historischen» Entscheid stehe, wurde von Gegnern und Befürwortern der Vorlage geteilt.

Um so grösser war der Schock, dass sich gerade bei dieser Abstimmung ein klarer Gegensatz im Abstimmungsverhalten zwischen Deutsch- und Westschweiz zeigte. Die Sprachgrenze machte sich zwar auch bisher bei verschiedenen Abstimmungen bemerkbar, doch handelte es sich meist um klar eingeschränkte Themenbereiche, die keine derart grundsätzlichen Fragen aufwarfen. Im Vorfeld der EWR-Abstimmung wurde dieser Gegensatz von allen politischen Beobachtern vorhergesehen, doch war er in seiner Schärfe unerwartet. Die Analyse des Abstimmungsresultats zeigt, dass die Sprache einer der stärksten Bestimmungsfaktoren in diesem Referendum war. Alle französischsprachigen Kantone nahmen die Vorlage mit grossen bis überwältigenden Mehrheiten zwischen 56 und 80% Ja-Stimmen an, alle Deutschschweizer Kantone – mit Ausnahme der beiden Basel – lehnten sie mit Mehrheiten zwischen 51,5% und 74,5% Nein-Stimmen ab. Die beiden Basel lagen dabei prozentual deutlich näher bei Bern und Zürich als bei ihren unmittelbaren Nachbarn in der Romandie, Neuenburg und Jura. Die Analyse der Gemeinderesultate zeigt darüber hinaus, dass die Trennungslinie der Mehrheiten sogar innerhalb der gemischtsprachigen Kantone entlang der Sprachgrenze verlief.

Allerdings gilt es nicht zu vergessen, dass die Sprache das Abstimmungsverhalten bei weitem nicht dominierte: So kam dem Sprachfaktor weniger Gewicht zu als dem Stadt-Land-Faktor.[1] Die überwiegende Mehrzahl der Deutschschweizer Städte stimmten dem EWR zu, und insgesamt wurden in absoluten Zahlen mehr als doppelt so viele Deutschschweizer (1'150'000 Ja-Stimmen) als Romands (550'000

Ja-Stimmen) majorisiert. Der Sprachgegensatz stellt in diesem Sinne nur einen Teilaspekt der durch den 6. Dezember aufgeworfenen Problematik dar, und die Diskussion über die Verträglichkeit von direkter Demokratie und vermehrter aussenpolitischer Öffnung sollte diese Frage nicht überbewerten.[2] Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass die Sprachgruppenzugehörigkeit einen eigenständigen, nicht durch soziodemographische oder parteipolitische Faktoren bedingten Einfluss auf die integrationspolitische Einstellung ausübt, wie die Analysen von Widmer und Buri zum EG-Beitritt zeigen.[3] Diese integrationspolitische Differenz zwischen Deutsch- und Westschweiz ist nicht erst anlässlich der EWR-Abstimmung entstanden. Seit 1986 haben Umfragen in der Romandie praktisch konstant eine rund 15–20% höhere Zustimmungsrate zu einem EG-Beitritt ergeben als in der Deutschschweiz.[4]

Das Bild der sprachlichen und politischen Gespaltenheit der Schweiz hatte zur Folge, dass auch die Gegner des EWR einige Mühe bekundeten, sich über den Abstimmungssieg zu freuen. Die öffentliche Diskussion nach der Abstimmung war vor allem geprägt durch viele Fragen nach der Verständigung zwischen Deutsch- und Westschweiz. Die zahlreichen Sympathiekundgebungen der Deutschschweiz gegenüber der Romandie sowie die von National- und Ständerat sofort eingesetzten «Verständigungskommissionen» zur Prüfung von Massnahmen hinsichtlich einer Verbesserung der Verständigung zwischen den Sprachregionen[5] zeugen vom Willen, diese Verständigung wieder herzustellen.

Verständigungsprobleme, insbesondere in einem so komplexen Fall wie der Verständigung zwischen politisch verfassten Gebilden, können viele Ursachen haben. In diesem Beitrag soll nicht der ganze Komplex der Schwierigkeiten zwischen Deutschschweiz und Romandie behandelt werden. Es soll vielmehr mit einem historisch-politologischen Ansatz untersucht werden, welche Perzeptionen der europäischen Integration der Meinungsbildung und dem Abstimmungsverhalten in der Romandie und in der Deutschschweiz zu Grunde lagen, und welche historischen Erklärungsansätze für diese Perzeptionen gefunden werden können. Die Doppelbürgerschaft der Schweizer, die nach Adolf Muschg darin besteht, zugleich schweizerischer Staatsbürger und Kulturbürger einer von drei grossen europäischen Kulturen zu sein,[6] kann eine ganze Reihe von politischen Implikationen haben, die für die Perzeption der europäischen Integration relevant sind. Dabei ist sowohl der Aspekt der Beziehungen zwischen den Sprachregionen zu berücksichtigen, als auch jener der Beziehungen zur jeweiligen europäischen Kultur. Deshalb sollen hier in einem ersten Teil die entsprechenden europapolitische Erfahrungen sowie kulturelle Bezüge der Romandie und der Deutschschweiz im Zentrum stehen. In einem zweiten Schritt werden innenpolitische Aspekte der Integrationspolitik, insbesondere die Beziehungen der Sprachregionen zueinander, analysiert. Dem dritten Teil soll schliesslich «die Sprache als Weltanschauung» als Ansatz dienen: Es soll herausgearbeitet werden, inwieweit die Sprache

die Perzeption Europas und den politischen Diskurs über die europäische Integration beeinflusst hat. Dabei ist bereits hier festzuhalten, dass es im vorliegenden Beitrag nur darum gehen kann, verschiedene Ansätze aufzuzeigen und sie einer ersten kritischen Beurteilung zu unterziehen.

UNTERSCHIEDLICHE BEZÜGE DER SPRACHREGIONEN ZU EUROPA

Europapolitisch relevante historische Erfahrungen der Romandie und der Deutschschweiz

Sprachlich und kulturell bedingt sind die politischen Bezüge der Romandie zu Frankreich bzw. der Deutschschweiz zu Deutschland besonders eng. Deshalb sollen hier vor allem die historischen Erfahrungen dieser beiden Sprachregionen mit dem jeweils gleichsprachigen Ausland im Zentrum stehen.

Die Geschichte der politischen Beziehungen der Deutschschweiz und der Romandie zu ihren ausländischen Nachbarn war sehr wechselhaft und je nach Kanton sehr unterschiedlich. Es dürfte schwierig sein, vor dem 20. Jahrhundert politische Konstanten zu finden, die – verglichen mit der Perzeption in den Deutschschweizer Kantonen – auf eine positivere Perzeption des europäischen Auslandes durch alle französischsprachigen Kantone schliessen lassen. Zudem bildet die Romandie keine politische Einheit, sie weist stark unterschiedliche Strukturen auf.[7] So ist darauf hinzuweisen, dass für Genf der Raum des heutigen Frankreichs während Jahrhunderten eine stetige Bedrohung der Selbständigkeit darstellte. Genf musste seine Rechte gegenüber Savoyen behaupten und schützen. Die andauernde Bedrohungslage führte zu einer starken Anlehnung Genfs an die Eidgenossenschaft: Ab dem 16. Jahrhundert diente die protestantische Allianz mit Bern und Zürich dem Schutz vor dem katholischen Savoyen. Besonders deutlich wird der Unterschied zwischen den historischen Erfahrungen der Westschweizer Kantone jedoch anhand der Ereignisse anlässlich des Untergangs der Alten Eidgenossenschaft: Während die Waadt sich unter dem Schutz der napoleonischen Truppen von der bernischen Herrschaft befreien konnte und die Gleichberechtigung mit den andern Kantonen erhielt, wurde Genf Frankreich einverleibt und zum Hauptort eines französischen Départements gemacht.

Im 19. Jahrhundert prägten Differenzen und Konflikte die Beziehungen der Westschweizer Kantone zu Frankreich ebenso wie diejenigen der Deutschschweizer Kantone zu den deutschen Staaten. So befanden sich die liberalen Kantone beidseits der Sprachgrenze in einem steten Gegensatz zu ihren ausländischen konservativen Nachbarn, was sich vor allem in Streitigkeiten über die Flüchtlingspolitik und Pressefreiheit niederschlug, mit denen sich auch die Tagsatzung regelmässig zu

befassen hatte. Die Einmischungsversuche der konservativen Mächte der Heiligen Allianz setzten sich nach 1848 auf der Ebene des Bundes fort. Politische, nicht sprachliche Kriterien dominierten folglich die Beziehungen der schweizerischen Kantone und Sprachregionen mit ihren ausländischen Nachbarn.

Eindeutig sprachabhängige aussenpolitische Sensibilitäten und Präferenzen traten in der Schweiz erst mit dem Ersten Weltkrieg auf. Die Romandie markierte ebenso klare Sympathien für Frankreich wie die Deutschschweiz für das deutsche Reich. Diese Unterschiede wurden von der Presse angeheizt und führten zu grossen innenpolitischen Spannungen und gegenseitigen Anschuldigungen. Erst nach verschiedenen Initiativen von Intellektuellen, der Neuen Helvetischen Gesellschaft, sowie von Bundes- und Kantonsbehörden, die sogar zum Mittel der Pressezensur griffen, legten sich die Spannungen etwas: Die Romandie und die Deutschschweiz versuchten sich in der Betonung des «Schweizer Standpunkts», um Carl Spittelers Ausdruck zu verwenden, zu übertreffen.[8] Doch die Romandie empfand, nicht zuletzt wegen ihrer Minderheitsposition, ein starkes Misstrauen gegen die zivilen und militärischen Bundesbehörden, deren Neutralität sie häufig anzweifelte. Insbesondere den Sonderrechten der Bundesbehörden stand die Romandie sehr kritisch gegenüber, und häufig wurde, nicht nur in der Presse, die Ansicht vertreten, sie würden speziell gegen die Frankophilen angewandt.[9] Während des ganzen Ersten Weltkrieges blieb so zwischen Deutschschweiz und Romandie ein allgemeines Klima der gegenseitigen Verdächtigungen, im Interesse der gleichsprachigen Kriegspartei zu handeln, bestehen.

Ganz anders geartet waren die Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges. In der Beurteilung der Kriegsparteien gab es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Sprachregionen. Ablehnung des Nationalsozialismus und der deutschen Kriegspolitik charakterisierte die Haltung der politischen Öffentlichkeit sowohl in der Deutsch- als auch in der Westschweiz. In den Vorkriegsjahren und während des ganzen Krieges stellten deshalb auch die Beziehungen zwischen den Sprachregionen kein Problem dar.[10] Dagegen trat eine starke Veränderung der Beziehungen der Sprachregionen zu ihren europäischen Nachbarn ein. Trotz grossem kulturellem Einfluss verschlechterte sich das politische Image Frankreichs in der Romandie während der Vorkriegszeit ständig. Die französische Haltung gegenüber der Politik Hitlers wurde als Zeichen der Dekadenz Frankreichs interpretiert, und die französische Niederlage vom Mai/Juni 1940 zerstörte auch das militärische Prestige, das Frankreich in der Romandie genossen hatte.[11] Die Aufnahme Frankreichs unter die Sieger des Zweiten Weltkriegs steigerte hingegen sein Ansehen in der Romandie beträchtlich. Insbesondere wurden mit Blick auf die Regelung der europäischen Nachkriegsbeziehungen Hoffnungen in Frankreich als einen natürlichen Anwalt der Schweiz – vor allem gegenüber den USA – gesetzt.

Die Beziehungen der Deutschschweiz zu Deutschland verschlechterten sich nach

der Machtübernahme Hitlers stetig, trotz einigen zustimmenden Reaktionen, die die deutsche Politik in Form des Frontenfrühlings oder der Stärkung des Antikommunismus hervorrief. Es entstand ein starkes politisches und kulturelles Bedürfnis, sich von Deutschland klar abzugrenzen. Dieses Bedürfnis verstärkte sich während des Zweiten Weltkriegs stetig und hatte tiefgreifende politische Konsequenzen. Nicht nur die radikale Veränderung politischer Positionen, wie beispielsweise die 1936 von der Sozialdemokratischen Partei beschlossene Kehrtwende, die militärische Landesverteidigung zu unterstützen,[12] sondern auch Veränderungen des politischen Selbstverständnisses, die vor allem in der sogenannten Geistigen Landesverteidigung zum Ausdruck kamen, waren die Folge. Diese hatte in der Tat neben der kulturellen auch eine starke politische Dimension. Das dominante Konzept bildete dabei die Willensnation: Die Schweizer sind definiert und geeint durch die gemeinsame Geschichte und den gemeinsamen historischen Willen zur Verteidigung ihrer Freiheitsrechte und liberalen und demokratischen Werte. Die Abgrenzung war damit eine doppelte: Erstens wurden sämtliche in Deutschland gängigen Kriterien für die Definition einer Nation als für die Schweiz kategorial irrelevant erklärt und zweitens wurde eine eigenständige schweizerische Nation definiert und bekräftigt. Auch wenn die Idee der Willensnation nicht neu war, erfuhr sie durch die Geistige Landesverteidigung eine Renaissance und wirkte mit vielen ihrer Implikationen weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus nach. Dabei stand im Bereich der Aussenpolitik die strikte Neutralität im Vordergrund.

Während des Krieges wurde Deutschland in Anbetracht der erklärten nationalsozialistischen Politik der Vereinigung aller Deutschsprechenden in einem grossdeutschen Reich auch greifbar zu einer vitalen Bedrohung für die Schweiz, insbesondere für die Deutschschweiz. Analoge Ansprüche wurden auch von Italien erhoben. Somit wurden im Zweiten Weltkrieg die Deutschschweiz und die italienischsprachige Schweiz, nicht aber die Romandie, direkt mit expansionistischen Ansprüchen ihrer Nachbarn konfrontiert. Gekoppelt mit der kulturellen Abkehr im Rahmen der Geistigen Landesverteidigung wurde dies vor allem in der Deutschschweiz zu einer nachhaltig prägenden aussenpolitischen Erfahrung.

Die kulturellen Affinitäten der Sprachregionen zu ihren Nachbarn

Wie dargelegt, beschränken sich die europapolitischen historischen Erfahrungen der Sprachregionen, die bis auf den heutigen Tag nachwirken, weitgehend auf das 20. Jahrhundert. Es kann nun festgestellt werden, dass die kulturellen Affinitäten der Romandie zu Frankreich beziehungsweise die der Deutschschweiz zu Deutschland zu einem ähnlichen Beziehungsmuster führen wie die historischen Bezüge im 20. Jahrhundert.

Die Existenz dieser kulturellen Affinitäten kann auf individueller Ebene empirisch nachgewiesen werden. So ergab eine UNIVOX-Befragung 1991, dass die Franzosen in der Romandie deutlich sympathischer wahrgenommen werden als die Deutschen in der Deutschschweiz. Zugleich wurden die Deutschen durch die Deutschschweizer als deutlich dominanter eingeschätzt als die Franzosen durch die Romands.[13] Es scheint also durchaus plausibel, dass die Deutschschweizer grössere Befürchtungen haben als die Romands, sich im Rahmen der EG mit einem dominierenden Partner zu verbinden. Auch der allgemein leicht grössere politische Stellenwert, den die Deutschschweizer im Vergleich mit den Romands der Neutralität und der eng damit verbundenen Unabhängigkeit[14] beimessen, findet hier eine plausible Erklärung. In der EWR-Abstimmung war das Argument des Souveränitätsverlusts mit 75% knapp hinter dem der Beschneidung der Volksrechte (76%) das von den ablehnenden Stimmbürgern am zweitmeisten angeführte Argument.[15]

Sucht man nach historischen Wurzeln dieser unterschiedlichen kulturellen Affinität, erscheint wiederum der Zweite Weltkrieg als prägendes Ereignis. In der Zwischenkriegszeit ergriff die Deutschschweiz, wie schon während des Ersten Weltkrieges, politisch wie auch emotionell grösstenteils für Deutschland Partei. So war die Tatsache, dass der Völkerbund als Siegerallianz gegen Deutschland perzipiert wurde, ein wichtiger Grund für die mehrheitliche Ablehnung des Beitrittes in der Deutschschweiz anlässlich der Abstimmung vom 16. Mai 1920.[16] Während des Zweiten Weltkrieges wurde nun im Rahmen der Geistigen Landesverteidigung die schweizerische Identität nicht nur als positiver Wert, sondern vor allem auch in einem negativen, besonders gegen Deutschland abgrenzenden Sinne, stark betont. Neben der Renaissance des Konzepts der Willensnation, schlug sich dies beispielsweise in der bewussten Förderung des Gebrauchs der schweizerdeutschen Dialekte und der schweizerischen Formen des Hochdeutschen nieder. Aus evidenten Gründen betraf die Geistige Landesverteidigung als Abkehr und Abwehr von Deutschland die Deutschschweiz viel direkter als die Romandie. Deshalb waren (und sind) auch ihre kulturellen und politischen Nachwirkungen nach dem Krieg in dieser Sprachregion besonders nachhaltig und führten in der Nachkriegszeit zu einem gewissen Immobilismus. Dieser schlug sich vor allem ab den 1950er Jahren, in der Phase des Aufbaus der europäischen Integration, auch in der Aussenpolitik nieder.[17]

Bei der Erklärung der kulturellen Affinitäten gilt es natürlich ob der vielschichtigen, teilweise spannnungsgeladenen und psychologisch bedeutsamen Beziehungen zwischen deutscher Hochsprache und schweizerdeutschen Dialekten nicht zu vergessen, dass diese Kategorie von Problemen in der Romandie schlicht inexistent ist. Dies stellt einen grundlegenden Unterschied bezüglich der Ausgangslage der kulturellen Affinitäten der Romandie und der Deutschschweiz mit ihren Nachbarstaaten dar. Während in der Romandie die Dialekte durch die französische Hochsprache

schon längst beinahe vollständig verdrängt worden sind, nimmt der Dialektgebrauch in der Deutschschweiz zu.

DIE INNENPOLITISCHE DIMENSION DER INTEGRATIONSPOLITIK

Unterschiede in der Weltoffenheit zwischen Deutschschweizern und Romands

Im Vorfeld der EWR-Abstimmung und erst recht danach wurde von vielen Kommentatoren auf eine generell grössere Weltoffenheit der französischsprechenden Schweizer hingewiesen. Die im vorangehenden Kapitel verwendeten historischen und kulturellen Ansätze können auch herangezogen werden, um einen solchen Unterschied zu erklären. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein solcher Unterschied tatsächlich besteht und empirisch nachweisbar ist, und ob dieser allfällige Unterschied zur Erklärung des EWR-Resultates herangezogen werden kann.

Unter Weltoffenheit soll im folgenden die generelle Bereitschaft, sich ausländischen Einflüssen auszusetzen, sich ihnen anzupassen und sie tendenziell als bereichernd oder zweckmässig zu bewerten, verstanden werden. Die Annahme, die Romandie sei weltoffener, kann empirisch mittels der politischen Identifikationsräume, der politischen Werte sowie der Abstimmungsergebnisse von aussenpolitischen Vorlagen überprüft werden. Auf der Ebene des politischen Identifikationsraums bedeutet Weltoffenheit die individuelle Tendenz, sich eher mit grossen als mit kleinen politischen Räumen zu identifizieren, sich also beispielsweise eher als Weltbürger oder Europäer zu fühlen denn als Schweizer oder «Neuchâtelois».

Die Ergebnisse einer entsprechenden, auf Befragungen von 1988 beruhenden Untersuchung zeigen, dass sowohl für die Romands wie für die Deutschschweizer die Nation der wichtigste Bezugshorizont ist, allerdings ist er etwas wichtiger für die Deutschschweizer (34,6%) als für die Romands (28,3%).[18] Die subnationalen Horizonte sind zusammengenommen in beiden Sprachregionen gleich wichtig (43% bzw. 42,5%). Die übernationalen Identifikationsräume («Europa» und «Welt») sind insgesamt für die Romands wichtiger als für die Deutschschweizer (19% bzw. 12,4%). Als «Europäer» fühlen sich Romands genauso häufig wie die Deutschschweizer (7% bzw. 7,2%). Bezüglich der Weltoffenheit lässt sich also ein geringer Unterschied zwischen Deutschschweiz und Romandie feststellen. Dieser bezieht sich dabei ganz klar auf den Identifikationsraum «Welt» und nicht auf «Europa».

Für unsere Fragestellung besonders interessant ist die Analyse der Beziehung zwischen politischem Identifikationsraum und Haltung zu einem EG-Beitritt der Schweiz:[19] Personen mit einem übernationalen politischen Bezugshorizont stimmen einem EG-Beitritt häufiger zu als solche mit einem nationalen oder subnationalen, und zwar unabhängig von der Sprachregion, wobei das Zustimmungsniveau

in der Romandie generell deutlich höher ist. Frappierend ist allerdings der hohe Prozentsatz der Deutschschweizer «Weltbürger», die den EG-Beitritt ablehnen (30,6%, gegenüber nur 4,5% der Romands). In abgeschwächter Form gilt dies auch für die «Europäer», von denen in der Deutschschweiz 14,9% EG-Gegner sind, aber nur 7,7% in der Romandie. Dies lässt vermuten, dass in der Deutschschweiz Europa weniger stark mit der EG und Weltoffenheit weniger stark mit einem EG-Beitritt gleichgesetzt werden als in der Westschweiz. In dieselbe Richtung weist auch eine neuere Umfrage zur aussenpolitischen Einstellung der Schweizer Bevölkerung.[20] Darin stehen die Deutschschweizer einem EU-Beitritt nach wie vor deutlich skeptisch gegenüber (44% ja, 46% nein, 10% unentschieden), die Romands dagegen sehr positiv (68% ja, 15% nein und 17% unentschieden). Ein Positionsbezug der Schweiz in ausländischen politischen Konflikten (unter Beibehaltung der militärischen Neutralität) wird dagegen von den Deutschschweizern deutlich stärker befürwortet (70% ja, 19% nein) als von den Romands (56% ja, 28% nein). Die Deutschschweizer äussern sich bezüglich der Annäherung an die NATO hingegen deutlich ablehnender als die Romands, die dafür in grosser Zahl unentschieden sind. Dies deutet im Zusammenhang mit den vorgehend erwähnten Umfrageresultaten darauf hin, dass die Deutschschweizer besonders institutionellen oder die militärische Neutralität tangierenden Formen der Aussenpolitik ablehnender gegenüberstehen als die Romands.

Bezüglich der politischen Werte der Schweizer stehen, laut der bereits erwähnten Studie von Anna Melich,[21] für beide Sprachgruppen Demokratie und Neutralität im Vordergrund. Die Neutralität scheint dabei, da oft mit Unabhängigkeit und Souveränität verknüpft, für die Weltoffenheit besonders relevant. Sie nimmt in der Tat für die Deutschschweizer einen etwas grösseren Stellenwert ein als für die Romands. In speziellen Befragungen zur Neutralität[22] kann zudem festgestellt werden, dass die Deutschschweizer viel stärker als die Romands (54% bzw. 29%) einer traditionellen Neutralitätsauffassung anhängen, während die Romands, stärker als die Deutschschweizer, zwar an der Neutralität festhalten möchten, aber zugleich wachsende Schwierigkeiten in deren praktischen Umsetzung sehen. 28% der Romands und 18% der Deutschschweizer haben eine derartige dissonante Haltung gegenüber der Neutralität. Die rein pragmatische Neutralitätsauffassung ist bei den Romands jedenfalls stärker verbreitet (31% gegenüber 17% in der Deutschschweiz), wogegen die klaren Neutralitätskritiker mit gut 10% in der Romandie ebenso schwach vertreten sind wie auf der andern Seite der Sprachgrenze.

Die Frage der Demokratie, die in der EWR-Debatte besonders in Form der Diskussion über die Volksrechte klar das Neutralitätsargument dominierte, hat für beide Sprachregionen denselben, sehr hohen Stellenwert.[23] Eine 1991 durchgeführte Befragung bestätigt diesen Sachverhalt: Nur je 17% der Deutschschweizer und Romands würden eine Einschränkung der Volksrechte bei einem EG-Beitritt akzeptieren, 77

bzw. 72% würden dies ablehnen.[24] Bezüglich des Nationalstolzes ist sogar zu vermerken, dass in der entsprechenden Umfrage 86% der Romands und 78% der Deutschschweizer angeben, stolz auf ihre Schweizer Nationalität zu sein.[25]

In bezug auf rein aussenpolitische Abstimmungen, das heisst Abstimmungen, bei denen der internationale Bezug ganz klar im Vordergrund steht, lassen sich nur begrenzt eindeutige Aussagen über die Unterschiede der Weltoffenheit machen. In der Abstimmung über den UNO-Beitritt, der 1986 mit 75,7% Nein-Stimmen massiv verworfen wurde, spielte die Sprachgruppenzugehörigkeit nur eine geringe Rolle. Sämtliche Kantone verwarfen die Vorlage sehr klar, wobei der Nein-Stimmenanteil in der Deutschschweiz (76,4%) nur geringfügig höher war als in der Romandie (74,6%). Die Haltung der Stimmbevölkerung war dabei in erster Linie von Kosten-Nutzen-Fragen geprägt, in zweiter Linie durch die Sorge um Neutralität und Souveränität.[26] In der Abstimmung über den Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods ist hingegen ein deutlicher Unterschied zwischen Deutsch- und Westschweiz festzustellen. In der Romandie wurde der Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds (IWF) zu 80% angenommen, während dies in der Deutschschweiz nur zu 61% der Fall war. Die ablehnende Haltung wurde dabei sehr unterschiedlich begründet: 23% der Nennungen betrafen Sorgen um die sogenannte Dritte Welt, während es sich bei 28% um finanzielle Argumente handelte.[27]

Ein stärkerer Einfluss der Sprachzugehörigkeit auf das Abstimmungsverhalten lässt sich bei der Blauhelm-Vorlage feststellen. Die Schaffung schweizerischer Blauhelme wurde am 12. Juni 1994 mit 57,2% Nein-Stimmen verworfen, wobei einzig die vier rein französischsprachigen Kantone die Vorlage annahmen. Der durchschnittliche Ja-Stimmenanteil in den vorwiegend französischsprachigen Kantonen betrug dabei 50,0%, dem in der Deutschschweiz ein Mittel von nur 37,1% gegenüberstand.

Anhand dieser Beispiele kann man feststellen, dass nicht nur beim EWR, sondern auch in anderen aussenpolitischen Abstimmungen ein Gefälle zwischen der Deutsch- und der Westschweiz zu Tage getreten ist. Auch ist festzuhalten, dass sich dieses in den letzten Jahren klar verstärkt hat. Wenn man allerdings Abstimmungen heranzieht, bei denen der sachpolitische Bezug klar vor dem aussenpolitischen steht, verschwindet dieser Unterschied fast gänzlich. Besonders ausgeprägt ist das Verschwinden dieses Einflusses bei den Abstimmungen, die das Ausländerrecht betrafen. So war die Ablehnung der ausländerfeindlichen Initiative der Nationalen Aktion zur Beschränkung der Einwanderung vom Dezember 1988 in der Deutschschweiz stärker als in der Romandie (68% bzw. 62% Nein-Stimmenanteil im Mittel der kantonalen Resultate). Genau die umgekehrte Situation ergab sich am 12. Juni 1994 bei der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung der Ausländer. Diese Vorlage wurde trotz 53% Ja-Stimmen wegen der 13 ablehnenden Standesstimmen verworfen. Die Annahme war in der Romandie mit 62% Ja-Stimmen im Mittel der

kantonalen Resultate deutlich stärker als in der Deutschschweiz, wo die Vorlage nur 51% Ja-Stimmen erreichte. Auch in kantonalen Abstimmungen über das Ausländerrecht lässt sich kein grosser Unterschied nachweisen. So wurden in den letzten Jahren Vorlagen zur Einführung von Wahlrechten für niedergelassene Ausländer in den Kantonen Genf und Waadt ebenso abgelehnt wie in Deutschschweizer Kantonen. Dabei hat die Tatsache, dass die Europäische Union genau diese Wahlrechte gerade einführt auch in den einen EU-Beitritt befürwortenden Kantonen Genf und Waadt keine Rolle gespielt, die aussenpolitische Dimension wurde praktisch nicht thematisiert.

Zu ähnlichen Schlüssen gelangt man in der Analyse der Abstimmungen über das Freihandelsabkommen mit der EWG von 1972 und zur Einführung der Mehrwertsteuer 1993. Das Freihandelsabkommen hatte eine deutlich perzipierte europapolitische Dimension: Weil es dazu gedacht war, das Verhältnis der Schweiz zur EWG dauerhaft zu regeln, hatten Bundesrat und Parlament beschlossen, es nicht nur dem Volk, sondern auch den Ständen vorzulegen. Die Vorlage erzielte einen Ja-Stimmenanteil von 75% in der Romandie und von 71% in der Deutschschweiz, so dass dem Sprachelement nur eine sehr untergeordneter Bedeutung zukam. Die Mehrwertssteuervorlage von 1993 hatte ebenfalls eine deutliche europapolitische Komponente, da die Ablösung der Umsatz- durch eine Mehrwertsteuer bei einem EU-Beitritt unabdingbar wäre. Diese Komponente wurde vom befürwortenden Bundesrat in der Abstimmungskampagne bewusst unterstrichen und von den Stimmbürgern wahrgenommen: Die Anpassung an das europäische Umfeld wurde von 24% der Befürwortern als Motivation ihrer Zustimmung angegeben.[28] Die Mehrwertsteuer wurde mit 66,7% Ja-Stimmen angenommen, wobei der Kanton Wallis als einziger Kanton ablehnte. Insgesamt hat die Romandie mit 60% Ja-Stimmen deutlich weniger stark zugestimmt als die Deutschschweiz mit 71%.[29]

Eine deutliche Ausnahme stellt hingegen die Alpeninitiative dar. Wegen der für die Europäische Union wichtigen Frage des Alpentransits hatte sie eine europapolitisch problematische Dimension. Die Initiative wurde am 20. Februar 1994 mit 51,9% der Stimmen angenommen, wobei sämtliche Westschweizer Kantone sie mit einer starken Mehrheit von durchschnittlich 62% Nein-Stimmen ablehnten.[30] Die Deutschschweizer Kantone dagegen nahmen die Initiative mit Ausnahme des Kantons Aargau an. Dass in dieser überwiegend sachpolitischen Vorlage die Sprachgruppenzugehörigkeit wieder sehr deutlich in Erscheinung tritt, lässt sich durch zwei Umstände erklären. Erstens hat der die Initiative bekämpfende Bundesrat, das europapolitische Argument sehr stark in den Vordergrund gestellt. Entsprechend hoch ist denn auch die Korrelation zwischen der Haltung der befragten Stimmbürger zum EWR und zu der Alpeninitiative.[31] Zweitens tritt die Romandie ganz generell für eine liberale, die individuelle Freiheit möglichst wenig einschränkende Transportpolitik ein.

Die häufig zitierte generelle Weltoffenheit der Romandie lässt sich also empirisch nur sehr bedingt belegen. Ein gewisser Unterschied scheint tendenziell zu bestehen, doch ist dieser weder konstant noch von einem Ausmass, das zur Erklärung des Abstimmungsergebnisses über den EWR ausreichen könnte. Ein Unterschied in der Haltung zur Aussenpolitik zwischen den beiden Sprachregionen scheint jedoch insbesondere darin zu bestehen, dass sich die Deutschschweizer insgesamt gegenüber rein politisch oder militärisch perzipierten sowie institutionell ausgeformten Mitteln der Aussenpolitik deutlich reservierter zeigen als die Romands. Doch auch diese Differenz scheint nicht sehr gross zu sein, wie die Analyse von Haltiner und Spillmann zeigt. Danach entsprechen 37% der Deutschschweizer und 42% der Romands der Kategorie des «integrativen Kooperations-Typs».[32] Die zur Feststellung der Zugehörigkeit zu dieser Kategorie gewählten Kriterien entsprechen dabei genau den Herausforderungen, die sich der Schweiz im europäischen Kontext stellen.[33] Die Zugehörigkeit zur Kategorie des «non-integrativen Kooperations-Typs» (21% der Deutschschweizer, 33% der Romands) wurde dagegen durch die Zustimmung zu traditionellen, eher diplomatischen Kooperationsformen festgestellt, die eher für die allgemeine Aussenpolitik denn für die Integrationspolitik von Interesse sind.[34]

Die Schlussfolgerung, dass die Romandie der rein politisch motivierten oder institutionell ausgeprägten Aussenpolitik eher etwas aufgeschlossener gegenübersteht, dieser Unterschied bei sachpolitischen Fragen mit grenzüberschreitender Dimension jedoch stark abgeschwächt wird oder ganz verschwindet, scheint sich auch bei der Analyse der Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik zu bewahrheiten. Als Beispiel kann man die rege Aussenpolitik des Bundesrates an internationalen Konferenzen vor dem Ersten Weltkrieg anführen, bei denen zahlreiche Sachfragen, zum Teil auf Initiative der Schweiz, zum Gegenstand internationaler Zusammenarbeit gemacht wurden.[35] Der Abschluss der Konvention zum Schutz der verwundeten Soldaten 1864, der Abschluss der ersten internationalen sozialpolitischen Abkommen 1906, sowie die 1913 in Bern abgehaltene Weltnaturschutzkonferenz können hier als Beispiele angeführt werden. Auf technischer Ebene strebte der Bundesrat auch eine Institutionalisierung der internationalen Zusammenarbeit an, die sich beispielsweise im Engagement beim Amt für den Schutz des geistigen und industriellen Eigentums, beim Weltpostverein, bei der Telegraphenunion und beim Eisenbahntransportamt niederschlugen. Diese sachpolitische Zusammenarbeit sowie die Institutionalisierung auf technischer Ebene führte zu keinen innenpolitischen Spannungen und wurde von der Deutschschweiz aktiv vorangetrieben. Der Hauptgrund dafür war das Interesse an einer grenzübergreifenden Anpassung des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates und der Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters an die Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung.[36] Die Romandie stand diesen Internationalisierungen zum Teil deutlich zurückhaltender

gegenüber als die Deutschschweiz. So scharte sich die Romandie 1894 hinter dem Slogan «Gardons notre heure nationale suisse!», als der Bundesrat die Angleichung an die Mitteleuropäische Zeit (MEZ) beschloss. Die Romandie – und nicht die Deutschschweiz, wie wohl nach dem Zweiten Weltkrieg zu erwarten gewesen wäre – stiess sich insbesondere daran, dass sich die MEZ nach einer Sternwarte in Pommern richtete, der Bundesrat also eine «deutsche» Zeit übernehmen wollte.[37] Anders stellte sich das Meinungsbild 1920 dar, als die Schweiz über den Beitritt zum Völkerbund abstimmte. Ein grosses Gefälle öffnete sich zwischen Deutschschweiz und Romandie, und die Vorlage wurde mit 10,5 zu 11,5 Standesstimmen nur knapp angenommen, trotz des recht deutlichen Volksmehrs von 55,6%. Die Romandie stimmte dem Beitritt mit der überwältigenden Mehrheit von 84,9% zu. In der Deutschschweiz hingegen wurde die Vorlage abgelehnt, mit nur 45,1% Ja-Stimmen und 6,5 zustimmenden bzw. 10,5 ablehnenden Standesstimmen: Bedenken gegenüber dieser rein politischen und institutionalisierten Form der Aussenpolitik und die Tatsache, dass der Völkerbund als eine Allianz der Siegermächte gegen Deutschland empfunden wurde, waren für die Ablehnung verantwortlich. Die sehr negativ perzipierten Erfahrungen, die die Schweiz im Völkerbund gemacht hatte,[38] führten sicher dazu, die in der Deutschschweiz bestehenden Vorbehalte gegenüber politischer und institutionalisierter Aussenpolitik noch zu verstärken. In diesem Sinne hat die Völkerbundserfahrung[39] ebenso wie die Geistige Landesverteidigung zum aussenpolitischen Immobilismus nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen.

Die Minderheitsstellung der Romandie innerhalb der Schweiz

Die Romandie hat seit jeher eine klare Minderheitsstellung in der Schweiz: Die sechs mehrheitlich französischsprachigen Kantone entsprechen 24,4% der schweizerischen Wohnbevölkerung und die frankophonen Schweizer 20,5% der Schweizer Bürger.[40] Die Kantone der Romandie mit Ausnahme Freiburgs werden zudem der «jungen Schweiz» zugerechnet, da sie erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gleichberechtigte Kantone wurden. Die historischen Bindungen an die Eidgenossenschaft sind zwar viel älter, aber nicht immer positiv besetzt: Genf profitierte von der Allianz mit Bern und Zürich, doch die Waadt war lange Zeit bernisches Untertanengebiet. Der Kanton Jura konnte sich sogar erst viel später nach einem langwierigen und konfliktreichen politischen Prozess vom Kanton Bern lösen. Ungeachtet dieser historischen Unterschiede war jedoch diesen Kantonen von Anbeginn ihre Minderheitsstellung innerhalb der Eidgenossenschaft gemeinsam. Diese begann sich besonders nach der Gründung des Bundesstaates auszuwirken: Konfrontiert mit den Ansprüchen eines entstehenden liberalen Bundesstaates, der

zur Erfüllung der Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklungen die Grundlagen für einen gewissen Zentralismus legte, zögerten die Kantone der Romandie mit der Abtretung von Kompetenzen. Es entstand sehr rasch ein dauerhafter, gegen das zentralistische Bundes-Bern gerichteter föderalistischer Reflex. Diese Haltung wurde von verschiedensten politischen Kreisen vertreten und vom Waadtländer Bundesrat Louis Ruchonnet (1881–1893) mit den Worten «Unifions, ne centralisons pas» ausgedrückt.[41] Die erste, 1872 in der Volksabstimmung gescheiterte, Totalrevision der Bundesverfassung wurde von ihm und anderen Politikern genau wegen dieser Zentralisierungstendenzen bekämpft. Doch auch in den Kreisen der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie herrschte eine klar anti-zentralistische Grundtendenz vor, während dieselben Kreise in der Deutschschweiz die Zentralisierung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen als fortschrittlich und effizient einschätzten.[42] Diese Spannungen prägten auch noch anlässlich des Landesstreiks von 1918 die Beziehungen zwischen der deutschsprachigen Mehr- und der welschsprachigen Minderheit in der Sozialdemokratischen Partei bzw. im Gewerkschaftsbund.[43]

Diese anti-zentralistische, gegen das Bundes-Bern gerichtete Grundhaltung der Romandie überdauerte auch den Zweiten Weltkrieg, trotz der, verglichen mit dem Ersten Weltkrieg, föderalistisch ausgestalteten Vollmachten des Bundesrates. Sie wirkte sich auch nach dem Krieg regelmässig aus, beispielsweise in der Frage der Gestaltung der Bundesfinanzen.[44] Die Analyse der eidgenössischen Abstimmungen zeigt deutlich, dass die regionalistisch-föderalistische Einstellung der Romandie weiterhin besteht.[45] Gerade die Tatsache, dass sie sich in Abstimmungen auswirkt, zeigt, dass es dabei nicht bloss darum geht, dass die kantonalen Regierungen ihre Kompetenzen behalten wollen, sondern dass es sich um eine in der Stimmbevölkerung verankerte Grundhaltung handelt.

Was sind nun die Konsequenzen dieser Minderheitsposition und der damit zusammenhängenden föderalistischen Grundhaltung für die Einstellung der Westschweizer zur europäischen Integration? Wenn man nur das anti-zentralistische Element in Betracht zieht, könnte man eine ablehnende Haltung zur Europäischen Union erwarten. Bedenkt man jedoch den Ursprung dieser Grundhaltung, nämlich die Minderheitsposition der Romandie und die dadurch bewirkte, gegen das Bundes-Bern gerichtete Dimension, erscheint eine kausale Verbindung mit der positiven Einstellung zur europäischen Integration durchaus plausibel. Brüssel kann in der Romandie als Alternative zu Bern perzipiert werden. Dass sich die Westschweizer Kantone in Brüssel in einer – absolut gesehen – noch stärkeren Minderheitsposition befänden, wird durch mehrere Umstände relativiert. Dazu zählen sicher die kulturellen Affinitäten zu Brüssel, das ebenfalls dem frankophonen Sprachraum angehört. Weiter befindet sich in Brüssel – anders als in Bern – kein Staat und keine Sprachgruppe in einer Mehrheitsposition. Eine weitere Relativierung liegt darin,

dass in der Europäischen Union und auch in zahlreichen Mitgliedstaaten gerade in den letzten Jahren eine starke Diskussion über Subsidiarität und Dezentralisierung eingesetzt hat, die bereits durch zahlreiche Massnahmen konkretisiert worden ist.[46] Diese Diskussion kommt der anti-zentralistischen Grundhaltung der Romandie entgegen. So erklärt sich auch, weshalb das Schlagwort «Europa der Regionen» besonders in der Romandie auf ein sehr grosses, zustimmendes Echo stösst. Durch diese Idee lässt sich die traditionelle föderalistische Grundhaltung inklusive ihrer gegen das Bundes-Bern gerichteten Dimension in eine proeuropäische Position überführen, ohne dass sich die Problematik einer noch krasseren Minderheitsposition stellt. «Pour nous, cette Europe des régions [représente] une esquisse de nouvelle forme d'organisation plus décentralisée et plus fédéraliste,» so der Genfer Politiker Jean-Philippe Maitre.[47] Dabei spielt sicher auch das Thema der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit eine Rolle: Einerseits spielt diese in den Kantonen der Romandie wegen der ausgesprochenen Grenzlage eine beträchtliche politische Rolle. Die entsprechenden Aktivitäten der französischsprachigen Kantone sind im Durchschnitt weiter entwickelt als die der Deutschschweizer Kantone, wobei neben der Grenzlage und ökonomischen Gegebenheiten auch die kulturellen Affinitäten wiederum eine gewisse Rolle spielen dürften.[48] Andererseits verbinden sich bei dieser Thematik genau wie beim EU-Schlagwort «Europa der Regionen» Fragen der regionalen Handlungsspielräume mit der europäischen Dimension.

DIE SPRACHE ALS WELTANSCHAUUNG

Die Sprachregionen in der Schweiz zeichnen sich nicht nur durch Unterschiede in ihren historischen Erfahrungen und kulturellen Bezügen aus. Auch die innenpolitischen oder wirtschaftlichen Unterschiede sind nicht die Hauptunterscheidungsmerkmale. Der grundlegendste Unterschied ist so evident, dass darauf hingewiesen werden muss: die Sprache. Für unsere Analyse interessiert uns die Sprache besonders als Medium, das politische Ideen entstehen lässt und deren Ausbreitung und Durchsetzung ermöglicht. Dabei ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Sprachen zu unterschiedlichen politischen Meinungsbildungsprozessen führen können, denn jede Sprache beinhaltet eigene Denkweisen, Diskursformen, politische Symbole und Referenzgrössen. Jede Sprache ist Grundlage einer eigenen Kultur, auch einer politischen. In den Worten Wilhelm von Humboldts: «Die Verschiedenheit der Sprachen ist eine Verschiedenheit der Weltansichten selbst.» Von diesen Gedanken ausgehend kann es sich lohnen, Ansätze zu prüfen, die es erlauben, die unterschiedlichen integrationspolitischen Haltungen mindestens teilweise direkt auf die Sprache und die durch sie bedingten politischen Diskursformen zurückzuführen.

Vergleicht man die Sprachen der Romandie und Deutschschweiz in dieser Beziehung, fällt erst einmal die Grossräumigkeit und der Zentralismus des Französischen sowie die Kleinräumigkeit und der Dezentralismus des Deutschen auf.[49] Vom Hof in Paris als politisches Instrument benutzt, wurde das Patois der Ile-de-France zum Werkzeug der politischen Konsolidierung und kulturellen Festigung des sich ausdehnenden französischen Zentralstaates. Zentralistische Strukturen in Sprache und Kultur sind in Frankreich bis heute erhalten geblieben. Die Académie française, die den verbindlichen Standard für die französische Sprache setzt, die Kompetenzen des Kulturministeriums oder das zentralistische Schulwesen können hier genannt werden. Auch auf weltweiter Ebene charakterisiert die Grossräumigkeit das Französische, beispielsweise in seiner Eigenschaft als traditionelle Diplomatensprache oder als Mittel des kulturellen Kolonialismus. Sowohl seine innen- wie aussenpolitische Dimension ist immer noch von grosser Wichtigkeit, wie etwa die Gipfeltreffen der frankophonen Länder oder das kürzlich verabschiedete, teilweise wieder annullierte Gesetz zum Schutz der französischen Sprache vor fremdsprachigen Ausdrücken (loi Toubon) zeigen.

Die Grossräumigkeit und der Zentralismus wirkten sich auch in der Romandie aus. Die Reformation verhalf der französischen Sprache zum Durchbruch gegenüber den regionalen Patois: Die Bibel wurde ins Französische übersetzt, und auch die Gottesdienste wurden mehr und mehr in dieser Sprache abgehalten. Die kulturelle Dominanz von Paris führte dazu, dass das Französische die Patois der Romandie schliesslich fast vollständig ersetzte,[50] wenn auch etwas langsamer in den katholischen Gebieten als in den protestantischen. Von den einzelnen Kantonen der Romandie wurden dabei auch Elemente des kulturellen Zentralismus übernommen, beispielsweise im Schulwesen.

Der deutsche Sprachraum war dagegen lange Zeit kleinräumig strukturiert. Schon mangels eines herausragenden kulturellen oder politischen Zentrums bestand wenig Bedarf nach einer ausgeprägten Standardisierung und zentralisierten Strukturen im Bereich der Sprache oder Bildung. Die deutsche Schriftsprache weist auch heute noch zahlreiche regional unterschiedliche Formen auf, es besteht keine zentrale Institution, die allgemein verbindliche Standards setzt, und die Sprache entwickelt sich frei von gesetzlichen Eingriffen. In der Deutschschweiz sind die Dialekte die normale Alltags- und Umgangssprache geblieben.[51] Auch weltweit gesehen hat die deutsche Sprache sich nie grossräumig verbreiten können, und es gab auch kaum politische Ambitionen, Deutsch zu einer Weltsprache zu machen. Erst seit der deutschen Wiedervereinigung bestehen Bestrebungen, Deutsch wenigstens in den EU-Institutionen neben Englisch und Französisch als faktische Arbeitssprache in der Praxis durchzusetzen.

Im Vergleich der politischen Diskurse und Argumentationslinien kann man den Einfluss der französischen Präferenz für Grossräumigkeit und Abstraktion zum Teil deutlich nachweisen.

Wie bereits festgestellt, äussern sich die französischsprachigen Schweizer zur Frage des EG- oder EU-Beitrittes regelmässig deutlich positiver als die Deutschschweizer. Untersucht man nun die Verteilung der europapolitischen Motivationen in den beiden Sprachgruppen, so fällt auf, dass bei den Romands häufig abstrakte, generelle Einstellungen im Vordergrund stehen, bei den Deutschschweizern dagegen die sachpolitischen oder nutzenorientierten Erwägungen überwiegen. Die Perzeption Europas ist in der Romandie stark von politischen und kulturellen Idealen, also durch Abstraktionen geprägt: Demokratie, Frieden, Menschenrechte, abendländische Zivilisation, kulturelle Vielfalt.[52] Dieser höhere Abstraktionsgrad hat jedoch nicht nur einen Einfluss auf die Motivationen und Argumentationszusammenhänge. Er kann auch in Zusammenhang mit dem im Vergleich zur Deutschschweiz deutlich niedrigeren Informationsstand gebracht werden. Zumindest zu Beginn der europapolitischen Diskussionen, vor 1992, wiesen die Romands einen deutlich niedrigeren, oftmals erstaunlich bescheidenen Kenntnisstand bezüglich der europäischen Institutionen und der schweizerischen Europapolitik auf.[53] Eine weitere Konsequenz der höheren Abstraktionsebene ist der bei allen integrationspolitischen Befragungen viel höhere, im Vergleich mit der Deutschschweiz meist etwa doppelt so grosse Anteil der Personen, die keine Antwort angeben oder unentschieden sind. Die niedrigere Stimmbeteiligung in der Romandie kann ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden.[54]

Noch deutlicher wird der Zusammenhang zwischen der Frankophonie und dem Abstraktionsniveau des Diskurses, wenn in den Befragungen die Akzeptanz gewisser konkreter Auswirkungen eines EG- oder EU-Beitritts geprüft wird. Bei solchen Fragestellungen verschwindet der Unterschied in der Einschätzung weitestgehend. Dies gilt für politische Konsequenzen in ähnlicher Weise, wie für materielle, sachpolitische Auswirkungen. Bei den politischen Konsequenzen eines Beitritts scheint für die Romands eine Aufgabe der Neutralität etwas akzeptabler zu sein als für die Deutschschweizer, aber auch sie lehnten diese Konzession 1991 zu 53% (Deutschschweiz 73%) ab.[55] Noch weniger als die Deutschschweizer stimmten die Romands dagegen einem Ausbau der Bundeskompetenzen[56] oder der Verwaltung[57] zu.

Bezüglich der materiellen Auswirkungen verschwindet der Unterschied vollständig: Die Abschaffung der Ausländerbeschränkungen, die Senkung der Unterstützungen an die Landwirtschaft und des Schutzniveaus unserer Umwelt wird von Romands wie Deutschschweizern abgelehnt. Bei diesen Sachfragen sind die Zustimmungsraten von Romands und Deutschschweizern praktisch identisch, die Ablehnungsraten sind bei den Romands dagegen wegen des deutlich höheren Anteils Unentschiedener etwas tiefer als bei den Deutschschweizern.[58]

Die Feststellung, dass die Sprachgruppenzugehörigkeit als beeinflussender Faktor bei der Beurteilung von sachpolitischen Fragen und konkreten Konsequenzen verschwindet, wird auch von früheren Untersuchungen bestätigt.[59] Wir finden somit

ein ähnliches Muster wieder wie bei der Untersuchung der Abstimmungsergebnisse von rein aussenpolitischen beziehungsweise vorwiegend sachpolitischen Vorlagen. Die Analyse des Ergebnisses der EWR-Abstimmung weist ebenfalls deutlich in diese Richtung: Bezüglich der Beweggründe für die Stimmabgabe sind die Unterschiede zwischen den Sprachgruppen praktisch unbedeutend.[60] Das heisst, dass Gegner und Befürworter des EWR auf beiden Seiten der Sprachgrenze ihren Entscheid aus ähnlichen Gründen fällten, dass aber die Argumente für den EWR in der Romandie auf mehr Resonanz stiessen bzw. die Gegenargumente in der Deutschschweiz stärker beachtet wurden.

Die in einer VOX-Befragung ermittelten Gründe für den EWR zeichnen sich durch einen relativ hohen Abstraktionsgrad und einen hohen ideellen Gehalt aus.[61] Etwa die Hälfte der Nennungen betreffen den Geist der Öffnung, die Vermeidung der Abkapselung und die Zukunft der Jugend. Ein Drittel der Nennungen beziehen sich auf konkrete Konsequenzen, wie wirtschaftliche Vorteile, Senkung der Arbeitslosigkeit und Vorteile durch den Personenverkehr zu Ausbildungszwecken. Dagegen überwiegen bei den Argumenten gegen den EWR die konkreten politischen und materiellen Folgen mit insgesamt gut der Hälfte der Nennungen. Je zur Hälfte sind dabei konkrete politische Motivationen (wie das Fehlen einer Mitbestimmung, mangelnde Klarheit oder zu grosse Eile der bundesrätlichen Politik) und wirtschaftliche Konsequenzen, unter anderen Arbeitslosigkeit, Umweltschutz und Landwirtschaft angesprochen. Der abstraktere politische Diskurs im französischsprachigen Landesteil scheint sich somit effektiv auf das EWR-Abstimmungsresultat ausgewirkt zu haben.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Eine erste kritische Prüfung verschiedener Ansätze, um den europapolitischen Graben zwischen der Deutschschweiz und der Romandie zu erklären, legt den Schluss nahe, dass es nicht einen Ansatz gibt, der alle empirisch belegbaren Beobachtungen erklären kann. Verschiedene die integrationspolitische Haltung beeinflussende Faktoren lassen sich mit verschiedenen Ansätzen betrachten und erklären. Unterschiede in der Erklärungskraft der verschiedenen Ansätze können jedoch trotzdem festgestellt werden. Bezüglich der europapolitisch relevanten historischen Erfahrungen lässt sich festhalten, dass besonders die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs auch heute noch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die integrationspolitische Einstellung vor allem der Deutschschweizer hat. Dabei stehen in erster Linie die Geistige Landesverteidigung und die Bedrohung durch Deutschland im Vordergrund. Beide Elemente haben eine nachhaltige Wirkung bezüglich der kulturellen Affinitäten der Deutschschweiz zu Deutschland, die nicht ohne Wirkung auf

die generelle Haltung zur Aussenpolitik ist. Die Unabhängigkeit wird von den Deutschschweizern auf Grund dieser Erfahrungen tendenziell höher eingeschätzt als von den Romands. Besonders wenn die Aussenpolitik institutionelle, ausgeprägt politische oder gar militärische Formen annimmt, kommt diese Präferenz zum Tragen.

In der Haltung gegenüber den grundsätzlichen politischen Werten der Schweiz scheinen jedoch keine grossen Unterschiede zu bestehen, die über die eben erwähnten hinausgehen würden. Die generelle Weltoffenheit der Romandie ist aufgrund der historischen Erfahrungen tendenziell etwas grösser als die der Deutschschweiz, wie beispielsweise die bescheidenen Präferenzunterschiede für die subnationalen, nationalen und supranationalen Identifikationsräume zeigen. Insbesondere zeigt sich aber die Deutschschweiz in sachpolitischen Fragen ausländischen Einflüssen gegenüber nicht verschlossener als die Romandie. Seit dem 19. Jahrhundert haben sich hier keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

Eine ähnlich grosse Erklärungskraft wie die historischen Erfahrungen für die Einstellung der Deutschschweizer scheint die Minderheitsstellung der Romands für deren Haltung zu haben. Die traditionelle anti-zentralistische Haltung innerhalb der Eidgenossenschaft führt dazu, dass Brüssel als eine Alternative zu Bern perzipiert wird. Brüssel bietet dabei den Vorteil der Frankophonie sowie des Fehlens einer dominierenden Mehrheit. Zudem entsprechen die gerade in den letzten Jahren in der Europäischen Union aktuell gewordenen Pläne zu einer verstärkten Regionalisierung und Dezentralisierung den historisch verankerten politischen Sensibilitäten der Romandie.

Ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den integrationspolitischen Diskurs kommt der Sprache zu. Die französische Sprache kann historisch und kulturell gesehen als grossräumig und zentralistisch charakterisiert werden; die von ihr getragene politische Kultur pflegt grosse Ideen und Ideale und ist von einem hohen Abstraktionsniveau geprägt. In der integrationspolitischen Meinungsbildung in der Romandie äusserte sich dies vor allem darin, dass eine positive, ideelle Grundhaltung zugunsten der europäischen Integration vorherrscht. Gleichzeitig wurden konkrete politische und materielle Konsequenzen einer Schweizer Beteiligung in Umfragen ähnlich – meist negativ – beurteilt wie in der Deutschschweiz, ohne dass dies einen bedeutenden Einfluss auf die positive Grundhaltung hatte. Ein tendenziell deutlich niedrigerer Wissensstand in der Romandie über die europäische Integration und die schweizerische Integrationspolitik kann ebenfalls mit dem höheren Abstraktionsgrad in Verbindung gebracht werden.

Auch wenn unmittelbar nach der EWR-Abstimmung das Aufbrechen eines Grabens zwischen Romandie und Deutschschweiz Erschrecken auslöste, hat sich die politische Lage seither wieder stark beruhigt. Man kann davon ausgehen, dass die meisten der hier aufgezeigten Unterschiede zwischen Deutsch- und Westschweiz in

der Geschichte und der Kultur verankert sind und bisher selten existentielle Probleme für das eidgenössische Zusammenleben aufgeworfen haben. Man muss jedoch darauf hinweisen, dass die EWR-Abstimmung selbst gewisse Divergenzen angefacht hat. Man gewinnt beim Studium der französischsprachigen Schweizer Presse leicht den Eindruck, dass die Romandie sich ihrer tendenziell progressiveren aussenpolitischen Einstellung bewusst geworden ist und diese sowohl aus Einsicht in die zunehmende Verflechtung von Innen- und Aussenpolitik als aber auch als Reaktion auf ihre Minderheitsposition weiter verstärkt. In der Deutschschweiz dagegen gewinnen reaktionäre und populistische Strömungen an Einfluss. Eine gewisse Analogie zwischen den intensiven und langwierigen Diskussion um das Waldsterben in den 80er Jahren und dem Erfolg der Autopartei scheint sich in der Deutschschweiz aufzudrängen. Weil die Europäisierung und Internationalisierung der schweizerischen Politik unumgänglich ist und immer unumgänglicher werden wird, müssen den Aspekten der innenpolitischen Umsetzung, und dazu gehören die Divergenzen zwischen Deutsch- und Westschweiz, eine vordringliche Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Anmerkungen

1 Vgl. Hanspeter Kriesi, Claude Longchamp, F. Passy, P. Sciarini, *Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. Dezember 1992*, VOX Nr. 47, GfS und DSP, Adliswil 1993, 34 ff.; auch bezüglich des Bildungsniveaus konnte ein recht starker Einfluss auf das Stimmverhalten ausgemacht werden.

2 Dazu Georg Kreis, «Welche Verständigung braucht die Schweiz» *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 77, 2. April 1993, 21.

3 Thomas Widmer, Christof Buri, «Brüssel oder Bern: Schlägt das Herz der «Romands» eher für Europa?» in *Die Schweiz und Europa. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, Band 32, Bern 1992, 373 f.

4 Für die Periode 1986–1991, siehe Roland Ruffieux, Anne-Lise Thurler Muller, «L'opinion publique face à l'intégration européenne: Que disent et ne disent pas les sondages?» in Roland Ruffieux, A. Schachtschneider Morier-Genoud (éd.), *La Suisse et son avenir européen*, Lausanne 1989, 251. Für Juli 1994, siehe André Crettenand, «Surprise, les Suisses se remettent à y croire», *L'Hebdo*, 28. Juli 1994, 8–10.

5 Siehe Verständigungskommissionen des National- und Ständerates, *«...das Missverhältnis soll uns bekümmern»; Bericht der Kommissionen*, Bern, 22. Oktober 1993.

6 Ewald R. Weibel, «Einführung und Fragestellung» in Ewald R. Weibel, Markus Feller (Hg.), *Schweizerische Identität und Europäische Integration*, Bern 1992, 11.

7 Marcel Schwander, «Die Westschweiz: Gipfel und Gräben» in Paul Hugger (Hg.), *Handbuch der Schweizerischen Volkskultur*, Zürich, 775.

8 Pierre du Bois, «Mythe et réalité du fossé pendant la Première Guerre mondiale», in Pierre du Bois (éd.), *Union et division des Suisses. Les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois aux XIXe et XXe siècles*, Lausanne 1983, 72.

9 Pierre du Bois, «Mythe et réalité», 75 ff.

10 Jean-Claude Favez, «Tu m'as dit d'aimer, j'obéis...», in Pierre du Bois (éd.), *Union et division des Suisses. Les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois aux XIXe et XXe siècles*, Lausanne 1983, 93.

11 Jean-Claude Favez, «Tu m'as dit», 97.
12 Jean-Claude Favez, «Tu m'as dit», 98 f.
13 Auf die Frage, auf wieviele Deutsche die Eigenschaft «sympathisch» zutreffe, antworteten die Deutschschweizer nur zu 8,8% mit «auf die meisten» und zu 38,8% mit «auf manche» (zusammen 47,6%), während die entsprechenden Antworten von den Romands bezüglich der Franzosen zu 48,7% und zu 40,2% (zusammen 88,9%) gegeben wurden. Siehe Thomas Widmer, Christof Buri, «Brüssel oder Bern?», 380.
Auf die Frage, auf wieviele Deutsche die Eigenschaft «dominierend» zutreffe, antworteten die Deutschschweizer zu 57,2% mit «auf die meisten» und zu 32,5% mit «auf manche» (zusammen 89,7%), während die entsprechenden Antworten von den Romands bezüglich der Franzosen nur zu 28,4% und zu 46,6% (zusammen 75,0%) gegeben wurden. Siehe Thomas Widmer, Christof Buri, «Brüssel oder Bern?», 381.
14 Siehe z. B. Alois Riklin, «Funktionen der schweizerischen Neutralität», in Bernard Prongué et al. (éd.), *Passé pluriel, en hommage à R. Ruffieux*, Fribourg 1991, 361–394.
15 Hanspeter Kriesi, Claude Longchamp, F. Passy, P. Sciarini, *Analyse*, 50.
16 S. William E. Rappard, *L'entrée de la Suisse dans la Société des Nations*, Genève 1924, 73.
17 Jean-Claude Favez, «Tu m'as dit», 112.
18 Hans-Peter Meier-Dallach, Rolf Ritschard, Rolf Nef, *Nationale Identität – ein Fass ohne empirischen Boden?*, Zürich 1990, 8 ff.
Die Analyse von Haltiner und Spillmann, die auf einer zwischen April und Juni 1993 durchgeführten repräsentativen Befragung beruht, kommt zu einem ähnlichen Resultat. Sie beinhaltet jedoch keine subnationalen Identifikationsräume. S. Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbidlung im Trend*, Zürich, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft 32, 1994, 19.
19 Thomas Widmer, Christof Buri, «Brüssel oder Bern», 385.
20 Eurobarometer-Befragung vom Juli 1994; siehe André Crettenand, «Surprise, les Suisses se remettent à y croire» *L'Hebdo*, 28. Juli 1994, 8–10.
21 Anna Melich (sous la direction de), *Les valeurs des Suisses*, Berne 1991.
22 Siehe Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, *Öffnung*, 29.
23 Anna Melich, *Les valeurs*, 20.
24 UNIVOX 1991, GfS, Frage IV D 14A.
25 Anna Melich, *Les valeurs*, 31.
26 Claude Longchamp, «Frei sein, frei bleiben?» in Peter Hablützel, Hans Hirter, Beat Junker (Hsg.), *Schweizerische Politik in Wissenschaft und Praxis, Festschrift für Peter Gilg*, Bern 1988, 187.
27 Christof Buri et al., *Analyse der eidg. Abstimmungen vom 17. Mai 1992*, VOX Nr. 45, Adliswil, 1992, 10 f.
28 Daniel Schloeth, *Analyse der eidg. Abstimmungen vom 28. November 1993*, VOX Nr. 51, Adliswil 1994, 12.
29 Daniel Schloeth, *Analyse*, 9.
30 Sibylle Hardmeier, Willi Linder, *Analyse der eidg. Abstimmungen vom 20. Februar 1994*, VOX Nr. 52, Adliswil, 1994, 27.
31 Sibylle Hardmeier, Willi Linder, *Analyse*, 24.
32 Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, *Öffnung*, 19.
33 Beispiele: Beitritt oder Annäherung an EG, NATO oder UNO, Verzicht auf die Neutralität, Beteiligung an UNO- oder Europatruppen; Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, *Öffnung*, 13.
34 Beispiele: Intensivierung der guten Dienste, der Entwicklungshilfe, der politischen Stellungnahmen und der humanitären Aktivitäten; Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, *Öffnung*, 13.
35 Siehe dazu Madeleine Herren, «Die schweizerische Integrationspolitik des 19. Jahrhunderts» *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 142, 21. Juni 1994, 15.

36 Madeleine Herren, «Integrationspolitik».

37 Siehe dazu Jakob Messerli, «Einführung der mitteleuropäischen Zeit in der Schweiz» *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 117, 21./22. Mai 1994, 13.

38 Siehe z. B.: *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 3. Juni 1938 über die Neutralität der Schweiz im Völkerbund*, BBl 1938 I 847.

39 Siehe Hans Haug, «Von der Mitgliedschaft im Völkerbund zur beschränkten Beteiligung an den Vereinten Nationen» in Alois Riklin, H. Haug, H. Ch. Binswanger, *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern 1975, 537.

40 In den Deutschschweizer Kantonen leben 71,5% der schweizerischen Wohnbevölkerung, die deutschsprachigen Schweizer stellen 75,4% der Schweizer Bürger dar. Quelle: *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994*, Zürich 1993, 353.

41 Ulrich Im Hof, «Nationale Identität der Schweiz: Konstanten im Wandel», *Schweizer Monatshefte*, 70. Jg., 11 (1990), 927.

42 Hans Ulrich Jost, «Culture politique et mouvement ouvrier en Romandie au XIXe siècle» in Pierre du Bois (éd.), *Union et division des Suisses*, Lausanne 1983, 44.

43 Hans Ulrich Jost, «Culture», 60.

44 Roland Ruffieux, «Y a-t-il un fossé en Suisse au lendemain de la Seconde Gurre mondiale?» in Pierre du Bois (éd.), *Union et division des Suisses*, Lausanne 1983, 126 f.

45 Hans-Peter Meier-Dallach, Rolf Ritschard, Rolf Nef, *Nationale Identität*, 7.

46 Bezüglich der EU-Mitgliedstaaten ist dabei an die zahlreichen Dezentralisierungsprozesse und Aufwertungen der subnationalen Gebietskörperschaften zu denken, die z. B. in Spanien, Frankreich, Belgien und Italien stattgefunden haben oder immer noch stattfinden. Bezüglich der EU kann auf die Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips durch den Maastrichter Unions-Vertrag (Art. B EUV sowie Art. 3b EGV) sowie an die Errichtung eines beratenden Ausschusses der Regionen (Art. 198a–c EGV) verwiesen werden.

47 Hans-Peter Meier-Dallach, Rolf Ritschard, Rolf Nef, *Nationale Identität*, 39.

48 Siehe dazu Paul Messerli, «Regionalwirtschaftliche Auswirkungen der europäischen Integration: Ihre Bedeutung für die regionale und nationale Identität» in Ewald R. Weibel, Markus Feller (Hsg.), *Schweizerische Identität und Europäische Integration*, Bern 1992, 139.

49 Siehe dazu Marcel Schwander, «Die Westschweiz: Gipfel und Gräben», 767ff. sowie Marcel Schwander: *Fondue und Röschti. Grenzgänge zwischen Deutsch- und Welschschweiz*, Zürich 1993.

50 In der Volkszählung 1990 gaben nur gerade 2,1% der Französischsprachigen an, Patois zu sprechen. Quelle, *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994*, Zürich 1993, 354.

51 In der Volkszählung 1990 gaben 93% der Deutschsprachigen an, im Alltag Dialekt zu sprechen. 66% gaben sogar an, kein Hochdeutsch zu sprechen. Quelle, *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994*.

52 Roland Ruffieux, Anne-Lise Thurler Muller, *L'opinion publique*, 243.

53 Roland Ruffieux, Anne-Lise Thurler Muller, *L'opinion publique*, 240f., 243 und 249.

54 Bei den 70 Abstimmungen von 1981–1991 betrug die durchschnittliche Stimmbeteiligung in der Romandie 33,5%, in der Deutschschweiz 41,4%; Thomas Widmer, Christof Buri, Brüssel oder Bern, 377.

55 UNIVOX 1991, GfS, Frage IV D 14B.

56 Romands: 28% ja, 46% nein; Deutschschweizer: 36% ja, 56% nein; UNIVOX 1991, GfS, Frage IV, D 14C.

57 Romands: 15% ja, 62% nein; Deutschschweizer: 16% ja, 74% nein; UNIVOX 1991, GfS, Frage IV, D 14 G.

58 Die Resultate im Detail: Abschaffung der Zulassungsbeschränkung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschschweiz 29% ja, 63% nein, 8% weiss nicht/keine Antwort (w.n./k.A.); Romandie 23% ja 50% nein, 18% w.n./k.A.; Senkung der Unterstützung der Landwirtschaft: Deutschschweiz 30% ja, 60% nein, 10% w.n./k.A.; Romandie: 31% ja, 42% nein, 27% w.n./k.A.; Verwässerung der Umweltpolitik: Deutschschweiz 15% ja, 77% nein, 8% w.n./k.A.;

Romandie 14% ja, 72% nein, 15% w.n./k.A.; Quelle: UNIVOX 1991, GfS, Fragen IV D 14 E, IV D 14 E und IV D 14F.

59 Siehe Roland Ruffieux, Anne-Lise Thurler Muller, *L'opinion publique*, 241 ff.

60 Hanspeter Kriesi, Claude Longchamp, F. Passy, P. Sciarini, *VOX Nr. 47, Analyse, 45 und 48.*

61 Hanspeter Kriesi, Claude Longchamp, F. Passy, P. Sciarini, *VOX Nr. 47, Analyse*, 44 f.

RÉSUMÉ

DIFFÉRENCE DE PERCEPTION DE L'INTÉGRATION EUROPÉENNE ENTRE LA SUISSE ROMANDE ET LA SUISSE ALLEMANDE

En raison du clivage entre Suisse allemande et Suisse romande, l'issue de la votation sur l'Espace économique européen (EEE) du 6 décembre 1992 a été largement ressentie comme un choc. Ce qui apparaissait comme particulièrement grave, c'est que ce clivage ne portait pas sur un sujet d'importance mineure, mais sur le plus ambitieux projet de politique extérieure jamais soumis à votation, qui aurait eu des répercussions dans de nombreux domaines de la société et de l'économie. Ce clivage n'est cependant pas apparu de manière inattendue. Depuis de nombreuses années, l'adhésion à la Communauté ou à l'Union européenne rencontre 15 à 20% de plus d'approbation chez les Romands que chez les Alémaniques.

La présente contribution se propose d'analyser les raisons de cette différence entre les attitudes romande et alémanique à l'égard de l'intégration européenne. Les différentes perceptions de cette intégration européenne sont examinées en prenant en compte les expériences historiques des deux régions linguistiques, les affinités culturelles, les valeurs politiques générales et d'autres aspects de la politique intérieure, ainsi que l'influence de la langue en tant que «Weltanschauung» sur le discours politique.

S'il n'y a pas d'approche qui pourrait, à elle seule, expliquer l'ensemble des attitudes observées, un premier examen critique permet néanmoins de différencier la valeur explicative des différentes approches. A propos des vécus historiques susceptibles d'influencer la perception de l'intégration européenne, c'est notamment l'expérience de la Seconde Guerre qui paraît continuer à exercer une influence non négligeable. La défense spirituelle et la menace allemande ont provoqué un repli aussi bien politique que culturel en Suisse allemande. Ces effets se font sentir aujourd'hui surtout dans le domaine des affinités culturelles avec l'Allemagne, marquées par une certaine crainte de se faire dominer, ce qui n'est pas sans influence sur l'attitude à l'égard de l'intégration européenne. La défense spirituelle ayant été dirigée avant tout contre l'Allemagne et la France n'ayant pas représenté de menace pour l'intégrité territoriale, ni les affinités culturelles avec la France ni la

perception de l'intégration européenne n'ont été marquées par les répercussions de cette période en Suisse romande.

Concernant les valeurs politiques fondamentales, on ne peut pas constater de grandes différences entre Romands et Alémaniques. Les deux communautés linguistiques accordent une importance très grande à la démocratie, notamment sous forme de la démocratie directe. Les Alémaniques accordent cependant légèrement plus d'importance à la neutralité et à l'indépendance. L'ouverture sur le monde en général est une attitude légèrement plus développée chez les Romands, mais dans une mesure très limitée. En analysant les résultats de votations sur des projets relevant des rapports de la Suisse avec l'étranger, on constate que les Alémaniques ne sont pas de manière générale plus réticents. Ils le sont surtout quand la politique étrangère prend des formes institutionnalisées, purement politiques ou même militaires. Ils sont par contre très ouverts quant il s'agit de questions matérielles des relations avec l'étranger. A cet égard, on peut constater une grande continuité depuis le siècle passé.

Si les expériences historiques et les affinités culturelles ont une puissance explicative considérable à l'égard des perceptions alémaniques, il apparaît que les perceptions romandes soient très influencées par la situation minoritaire à l'intérieur de la Suisse. Celle-ci s'est traduite surtout à partir de la création de l'Etat fédéral par un réflexe anti-centraliste en Suisse romande, réflexe dirigé contre la Berne fédérale et, comme le montre l'analyse des votations, très ancré encore de nos jours dans la population romande. Dans ce contexte, Bruxelles peut être perçue en Suisse romande comme une alternative à Berne. Bruxelles présente les avantages de l'affinité culturelle francophone et l'absence d'une majorité dominante: dans l'Union européenne, chaque pays et chaque région linguistique est en minorité. De plus, le débat très intense dans l'Union européenne et dans ses pays membres sur la décentralisation, la subsidiarité et «l'Europe des régions» correspond parfaitement à la sensibilité anti-centraliste de la Suisse romande.

Un autre élément non négligeable est l'influence de la langue sur le discours politique. A cet égard, le français est une langue caractérisée par des espaces géographiques vastes et un certain centralisme, comparé à l'allemand beaucoup plus morcelé. Ceci explique une certaine préférence pour les grands débats d'idées et pour l'abstrait dans les cultures politiques francophones. C'est ainsi que le discours politique sur l'intégration en Suisse romande était marqué par une attitude fondamentale positive et idéelle, largement absente en Suisse allemande. Quant aux conséquences politiques et matérielles concrètes par contre, les Romands ont exprimé dans les sondages la même appréciation - souvent négative - que les Alémaniques. Le niveau de connaissances plus faible ainsi que la proportion beaucoup plus forte d'indécis par rapport aux conséquences concrètes peuvent également être expliqués par le degré d'abstraction plus élevé du discours politique en Suisse romande.

Puisque l'européanisation et l'internationalisation de la politique est inévitable et correspond à une tendance au niveau mondial, une politique étrangère plus intense et active devra être développée en Suisse. Mais dans ce processus, une attention particulière devra être donnée aux aspects relevant de la politique intérieure. Les différences de sensibilité et de perception entre Suisse romande et Suisse alémanique en représentent un aspect important.

(Martin Zbinden)